

**Friedrich Merz** ist besorgt über den derzeitigen Zustand des transatlantischen Verhältnisses.

# Europa muss jetzt handeln!



Lena Boehm / imagetrust [M]

**S**chon wieder geht in Washington eine turbulente und chaotische Woche zu Ende. Das Weiße Haus kommt nicht zur Ruhe, auch ein halbes Jahr nach seiner Vereidigung zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten gibt es keine innere Führung der Regierung Trump, keinen Apparat, der reibungslos funktioniert.

Im Gegenteil, es geben sich alte und neue und wieder neue Berater und Kommunikationschefs die Klinke in die Hand, und der Ton untereinander hat Gossenniveau erreicht. Der nächste Stabschef im Weißen Haus ist nun ein pensionierter General, der für Ordnung sorgen soll. Aber das Problem sind nicht nur die Mitarbeiter im engsten Führungskreis, wenn man von „Führungskreis“ überhaupt sprechen kann; das Problem ist der Präsident selbst, der sich unverändert weigert, seinen Regierungsstil und vor allem sein Kommunikationsverhalten zu ändern.

Wenn Trump sich nicht ändert, und es gibt keinerlei Anzeichen dafür, dass er darüber auch nur nachdenkt, dann wird das Chaos bleiben. Aber setzt er damit gleich die ganze amerikanische Demokratie aufs Spiel? Sind wir Zeitzeugen eines beginnenden Verfalls der USA, so, wie wir dieses Land bisher gekannt haben?

Der Senat in Washington hat gezeigt, dass dies keineswegs eine ausgemachte Sache ist. Tief gezeichnet von seiner erneuten Krebserkrankung, hat John McCain, dieses alte Schlachttross der amerikanischen Politik, vor wenigen Tagen in bewegenden Worten nicht nur seinen Kollegen, sondern der ganzen politischen Klasse seines Landes aufgezeigt, welche Verantwortung sie tragen - und wie wenig sie allesamt dieser Verantwortung gegenwärtig gerecht werden. Er hat nach seiner Rede einen lang anhaltenden Beifall des ganzen Hauses bekommen - ein ermutigendes Zeichen dafür, dass es doch noch Gemeinsamkeiten zwischen Republikanern und Demokraten gibt, wenn es darum geht, an das Ganze zu denken.

## Trump wird sich kaum ändern

Cain hat mit anderen republikanischen Senatoren gegen die Abschaffung von Obamacare gestimmt und dem Präsidenten damit eine weitere Niederlage im Kongress beigebracht - ein unübersehbarer Beweis dafür, dass die Gewaltenteilung in Amerika eben doch eindrucksvoll funktioniert.

Es bleibt gleichwohl ein Gefühl großer Besorgnis. Wenn ein Präsident schon nach so kurzer Amtszeit praktisch keinen Weg mehr findet, seine politischen Vorschläge im Parlament durchzusetzen, obwohl seine Partei dort - in beiden Kammern! - über eine Mehrheit verfügt, dann wachsen die Zweifel an der Handlungsfähigkeit der amerikanischen Politik insgesamt, und dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo eine starke amerikanische Führung jenseits aller innenpolitischen Streitigkeiten in der Außen- und Sicherheitspolitik dringend gebraucht würde.

Auch dort, wo Amerika tatsächlich oder vermeintlich Führung zeigt, etwa im Mittleren Osten, verschärft sich die Lage durch einseitige Parteinahme des Präsidenten in der Region und in Israel selbst. Nach seiner Reise scheint er schon wieder das Interesse verloren zu haben, auf die Konfliktparteien einzuwirken, von der angekündigten neuen Friedensinitiative ist jedenfalls weit

und breit nichts zu hören und zu sehen. Amerika verliert damit weiter Einfluss und Gewicht in der Welt - es ist das Gegenteil von „America great again“.

Und jetzt also noch die neuen Sanktionen gegen Russland. Der Präsident hat das Gesetz, das ihm der Kongress gegen seinen Willen vorgelegt hat, unterzeichnet. Eigentlich war die Regierung aufgefordert worden, mit den Europäern zunächst eine Abstimmung über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber Russland herbeizuführen. Aber das war dem Präsidenten und seiner Regierung offenbar zu mühevoll, also treten die Sanktionen jetzt einseitig in Kraft.

## Sanktionen ohne Europas Rat

Das ist eine äußerst ernsthafte Gefährdung der einheitlichen Haltung des Westens gegenüber Russland, die dieser seit Februar 2015, also immerhin seit zweieinhalb Jahren, gemeinsam eingenommen hat. Nicht die europäischen Staaten, sondern ausgerechnet die USA stellen die Geschlossenheit und das gemeinsame Vorgehen infrage. Sie nehmen dabei sogar einen ernsthaften Konflikt mit ihren europäischen Partnern in Kauf, denn die Sanktionen richten sich nicht nur gegen Russland und seine Energieversorgungsunternehmen, sondern ausdrücklich auch gegen Projekte wie eine zweite Gaspipeline nach Europa, ein Vorhaben, das nun in jeder Hinsicht außerhalb der politischen Bewertung und Jurisdiktion der amerikanischen Politik liegt.

Die Beurteilung dieses Projekts liegt ausschließlich in der Hand der europäischen Länder, vor allem der beteiligten Unternehmen. Es geht ausschließlich um eine Frage der europäischen Energieversorgung, und es entzieht sich damit jeder amerikanischen Einflussnahme. Es steht Amerika frei, den Europäern amerikanisches Flüssiggas anzubieten. LNG kann eine interessante weitere Option einer breit aufgestellten europäischen Energieversorgung sein. Aber mit den neuen amerikanischen Sanktionen gegen Russland stehen wir, wenn nicht schnell gehandelt wird, am Beginn eines Handelskonflikts zwischen Amerika und Europa.

So weit hätte es nicht kommen müssen, wenn die Europäer und Amerikaner in der Lage gewesen wären, im letzten Jahr TTIP abzuschließen. Aber dieses ehrgeizige Projekt ist Geschichte, und es macht keinen Sinn, darüber lange zu lamentieren. Nun gelten die allgemeinen Regeln der WTO, und die EU-Kommission wird klären müssen, ob die Russland-Sanktionen der USA, soweit sie europäische Investitionen und europäische Unternehmen betreffen, gegen die Regeln des freien Welthandels verstoßen und vor einem WTO-Schiedsgericht angegriffen werden können.

Die Europäische Union muss sich schon allein deshalb gegen dieses Sanktionsregime zur Wehr setzen, weil damit die Reichweite der amerikanischen Rechtssetzung - Stichwort: Extraterritorialität - ein schlicht inakzeptables Ausmaß angenommen hat.

Angesichts dieser Lage ist Geschlossenheit der Europäer, wenn die Geschlossenheit des Westens jedenfalls kurzfristig nicht zu halten ist, ein mehr als je zuvor zwingendes Gebot der Stunde. Die Bundeskanzlerin hat dies vor einigen Wochen zum Ausdruck gebracht: Wir können uns auf

Amerika nicht mehr uneingeschränkt verlassen, wir müssen unser Schicksal selbst in die Hand nehmen. Es kann durchaus sein, dass Amerika zurückkehrt als verlässlicher Partner. Es ist sogar sehr wahrscheinlich, denn die USA schwächen sich im Augenblick immer mehr und werden dies über kurz oder lang auch in der Wirtschaftspolitik sehen. Die Schwäche des amerikanischen Dollars gibt ja auch erste Hinweise darauf, wie etwa die Kapitalmärkte die Lage einschätzen. Aber es wird noch eine ganze Weile dauern, bis wir Klarheit haben über Kurs und Auswirkungen der gegenwärtigen amerikanischen Politik. Und bis dahin muss Europa handeln.

Die Themen für Europa sind schnell genannt: Die Stabilisierung der Euro-Region hat unverändert oberste Priorität. Die Symptome der Krise sind weitgehend unter Kontrolle, aber weitere Korrekturen in der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik vor allem der großen europäischen Länder bleiben notwendig. Wenigstens Spanien und Frankreich scheinen auf gutem Weg zu sein.

Europa bewegt sich auch in mehr oder weniger großen Schritten auf eine Gemeinsame Europäische Außen- und Sicherheitspolitik zu, jedenfalls gibt es Fortschritte in gemeinsamen Streitkräfteeinheiten und in der Beschaffung. Bevor die Flüchtlingskrise mit großer Wucht zurückkehrt, müssen auch hier die Ursachen vor allem auf dem afrikanischen Kontinent in den Blick genommen werden. Europa kümmert sich endlich um Afrika und entwickelt eine gemeinsame Strategie. Und schließlich muss Europa weiter aktiv an Handelsverträgen arbeiten. Mit Kanada konnte ein ehrgeiziger Vertrag abgeschlossen werden, weitgehend unbeachtet angesichts aller Krisen auf der Welt haben sich die Europäische Union und Japan auf ein umfassendes Handelsabkommen geeinigt, weitere Abkommen sind Gegenstand von Verhandlungen.

## Diplomatie im Dissens

Genau diese Vorgehensweise zeigt der gegenwärtigen amerikanischen Regierung das Gegenmodell: Wenn schon ein globales Handelsabkommen nicht möglich erscheint, dann wollen wir Europäer so viele bilaterale Handelsabkommen auf der Welt abschließen wie möglich. Denn es eint uns die Überzeugung, dass nur ein offener und freier Welthandel den Wohlstand der Menschen sichert und dort überhaupt erst entstehen lässt, wo bisher Armut und Verelendung vorherrschen. Offener und freier Handel sind für uns Teil einer globalen Ordnung, die sich durch offene und freie Gesellschaften auszeichnet. Die Strahlkraft unserer freiheitlichen, demokratischen und liberalen Ordnung ist bei weitem noch nicht erschöpft.

Europa und Amerika werden vermutlich darüber zurzeit keinen Konsens erzielen. Wir können durchaus auch (wieder einmal) eine gewisse Zeit mit einem grundlegenden Dissens in einer strategischen Frage von globaler Bedeutung leben. Wenn wir Europäer unseren Weg konsequent weitergehen, wird dies nicht ohne Einfluss auf die amerikanische Politik bleiben. Auch wenn bis dahin noch viele Turbulenzen und manche Enttäuschungen auf dem Weg liegen.

**Der Autor ist Vorsitzender des Vereins Atlantik-Brücke e. V.** Sie erreichen ihn unter: [gastautor@handelsblatt.com](mailto:gastautor@handelsblatt.com)

„  
Wenn schon ein globales Handelsabkommen nicht möglich erscheint, dann wollen wir Europäer so viele bilaterale Handelsabkommen auf der Welt abschließen wie möglich.“